



VOLKSABSTIMMUNG FÜR DIE NATIONALE LANDWIRTSCHAFT

"Mit dieser werden die Artikel 64, 65, 66 und 100 der Verfassung reformiert und besondere Schutzmaßnahmen für die nationale Agrar- und Nahrungsmittelproduktion übernommen werden, Kredite werden sichergestellt, die Arbeit und das Einkommen der Landwirte wird geschützt"

ZUSAMMENFASSUNG DER BEGRÜNDUNG

Die Volksabstimmung für die nationale Landwirtschaft modifiziert die Artikel der Verfassung, die direkt (Art. 64, 65, 66) oder indirekt (Art. 100) den Agrarsektor betreffen. Das Ziel ist die Souveränität und die Ernährungssicherheit des Landes zu gewährleisten, anhand von: 1) dem Schutz und der Förderung der nationalen landwirtschaftlichen Produktion und der hieraus entstehenden Arbeit, im Rahmen der Nachhaltigkeit und der Gleichberechtigung der Geschlechter sowie der biologischen Vielfalt und des traditionellen Wissens; 2) der Neuverhandlung oder Beendigung der Freihandelsabkommen (FHA); 3) der Verabschiedung eines Gesetzes zur Familienlandwirtschaft, das den ländlichen und indigenen Gemeinden als auch jenen afrikanischer Abstammung das Recht auf ein würdiges Leben und die Entwicklung ihrer eigenen Wirtschaft garantiert und die Erhaltung und Selbstbestimmung der biologischen Vielfalt und des in ihrem Territorium gewonnenen Wissens.

Die Politik des freien Marktes und die FHA haben den nationalen Agrarsektor in eine tiefe Krise getrieben; dies ist auf die Beseitigung der wenigen Institutionen und der Schutz- und Fördermechanismen im Agrarsektor als auch auf die massiven Nahrungsmittelimporte zurückzuführen. In den letzten 30 Jahren hörte Kolumbien damit auf, sich selbst zu versorgen und ging dazu über jährlich 12 Millionen Tonnen landwirtschaftlicher Produkte zu importieren. Produkte, die nicht mehr -oder bald nicht mehr- im Land produziert werden, mit der Folge des Abbaus oder sogar Untergangs dieser Sektoren und der Bevölkerung, welche hiervon abhängig ist. Die Streiks der Kaffeeanbauer und im Agrarsektor von 2013 zeigen die humanitäre Krise im ländlichen Gebiet Kolumbiens auf, wo die Armut und die Ungleichheit noch stärker als im urbanen Gebiet vorhanden sind. Als Folge dieser Situation sind die Kolumbianer im Hinblick auf ihre Ernährung zunehmend von Transnationalen, Finanzmärkten und Großmächten abhängig. Diese Verfassungsänderung ist notwendig, um diese Politik zu rückgängig zu machen und die Souveränität und Ernährungssicherheit in Kolumbien zu gewährleisten.

PROMUEVE:



Comité de Impulso
Nacional de la
Agricultura Familiar
CIN-AR COLOMBIA



APOYA:

